Wie Trump versucht, die Wahl zu stehlen

Der US-Präsident droht offen damit, eine Niederlage am 3. November nicht zu akzeptieren. Der Albtraum der amerikanischen Verfassungsväter könnte Wirklichkeit werden: ein Staatsstreich, organisiert im Weißen Haus.

Vor knapp acht Wochen rief Rosa Brooks, Juraprofessorin an der Georgetown-Universität in Washington, eine Gruppe von 67 Männern und Frauen zusammen, um sich auf das Unvorstellbare vorzubereiten: einen amerikanischen Präsidenten, der aus dem Weißen Haus heraus den Staatsstreich plant.

Die Runde umfasste Amerikaner jeglicher politischer Couleur: John Podesta, der Wahlkampfmanager Hillary Clintons, war genauso dabei wie der Neokonservative Bill Kristol, der einst den republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain unterstützt hatte, dazu zwei frühere Gouverneure sowie pensionierte US-Militärs. Was alle einte, war die Sorge, dass Trump sich bei der Wahl am 3. November zum Sieger ausrufen könnte – und zwar ganz egal, wie die Bürger zuvor abgestimmt haben.

Die Runde wollte ergründen, wie weit ein Präsident kommt, der sich weigert, das Oval Office zu räumen. In Videokonferenzen spielten die Teilnehmer vier Szenarien durch. Sie reichten von einem Erdrutschsieg des Demokraten Joe Biden bis hin zu einem völlig offenen und chaotischen Wahlabend. Weil die Teilnehmer alle Tricks des politischen Geschäfts kennen, war es eine Art Stresstest für die mehr als 200 Jahre alte US-Verfassung.

Das Ergebnis war niederschmetternd. Zwischen dem Wahltag und der Vereidigung des Präsidenten am 20. Januar 2021 liegen elf volle Wochen, in denen Trump seinen ganzen Einfluss nutzen kann, um sich im Amt festzukrallen. Kein Politiker verfügt über eine derartige Machtfülle: Trump befehligt die größte Streitmacht der Erde, ihm unterstehen 15 Ministerien mit 2,6 Millionen Bundesbeamten. Er könnte beispielsweise seinen Justizminister anweisen, einen Wahlbetrug aufzuklären, den es nie gegeben hat. Ein Fingerzeig genügt, und es könnten Geheimdienstdokumente auftauchen, die seine Gegner in ein schlechtes Licht rücken. Trump kann den Notstand ausrufen und das Militär gegen Demonstranten aufmarschieren lassen, die um den Bestand der Demokratie fürchten – er muss nur behaupten, bei dem Protest handele es sich um einen Akt inländischen Terrorismus.

"Wir halten es für höchstwahrscheinlich, dass Präsident Trump das Wahlergebnis mit legalen und außerrechtlichen Mitteln anfechten wird, um sich an der Macht zu halten", heißt es in dem 22-seitigen Abschlussbericht der Runde um Brooks.

Es wäre naiv, ihn als Horrorfantasie notorischer Trump-Hasser abzutun. Fast alles, was in dem Bericht steht, hat Trump so ähnlich schon getan. Sein Justizminister William Barr setzte im Mai 2019 einen Sonderermittler ein, um jene Politiker und FBI-Beamte zu verfolgen, die Trumps Verbindungen zum Kreml untersucht hatten. Er ließ Geheimdienstmaterial veröffentlichen, um seinen Vorgänger Barack Obama zu diskreditieren. Und er ordnete an, dass Bundespolizisten in Kampfmontur gegen Demonstranten in Portland aufmarschieren – und zwar gegen den Willen der örtlichen Behörden.

"Joe Biden kann eine Pressekonferenz einberufen, Trump die 82. Luftlandedivision", sagt Rosa Brooks, die unter Obama im Verteidigungsministerium gedient hat. Ihre Gruppe kam zu dem Schluss, dass das gefährlichste Szenario für die Wahl am 3. November wohl das wahrscheinlichste ist: Weil Millionen Amerikaner wegen der Corona-Pandemie per Brief abstimmen, wird in der Wahlnacht aller Voraussicht nach kein eindeutiges Ergebnis vorliegen. Das wiederum böte Trump die Chance, sich vorzeitig selbst zum Sieger zu erklären.

Als die Gruppe um Brooks diese Variante durchspielte, übernahm der Republikaner Kristol den Part des Präsidenten – und lehrte die Demokraten das Fürchten. Gleich nach dem Wahlabend feuerte er in dieser Simulation Verteidigungsminister Mark Esper und ersetzte ihn durch einen Mann, der das Militär

gefügig machen würde: Richard Grenell, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland. Kristol setzte Bundesbeamte in Marsch – angeblich, um einen Wahlbetrug zu verhindern. In Wahrheit sollten sie die Auszählung weiterer Stimmen verhindern. All das sind nur Szenarien, aber "das Erschreckende an den Szenarien ist, dass sie so plausibel sind", erzählt Edward Luce, der US-Chefkolumnist der "Financial Times", der bei den Planspielen den Part eines Journalisten der traditionellen Medien übernahm.

Wohl noch nie seit dem Beginn des amerikanischen Bürgerkriegs stand die Demokratie in den USA auf so wackeligen Füßen. Trumps Operation Wahlbetrug – sie hat längst begonnen. Seit Wochen zweifelt der Präsident die Rechtmäßigkeit von Briefwahlen an. Parallel schwächt er die Post, die für den reibungslosen Ablauf ebenjener mitverantwortlich ist. Er sät Misstrauen in der Bevölkerung. Regieren durch Chaos. Es ist die klassische Spielanleitung von Autokraten.

Wer den ganzen Text lesen möchte, kauft den Spiegel (digital knapp 5 €)